



TARIFERHÖHUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

GdP: Wirkungsgleiche Übernahme durchgesetzt

Kiel – Mit Genugtuung hat die Gewerkschaft der Polizei darauf reagiert, dass die Fraktionen der Landesregierung den Hauptkritikpunkt der GdP am zweiten Entwurf des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes weggeräumt haben. Man-

Das geplante Lohndiktat bis 2018 ist damit nun endgültig vom Tisch. Das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz wird entsprechend geändert. Damit erhalten **alle** Beamtinnen und Beamten linear die gleiche Erhöhung

Einmalzahlungen, natürlich auf dem aktuellen Versorgungsniveau, unzweifelhaft gewesen“, reagierte der Landesessenorenvorsitzende Frank Poster äußerst verärgert, der ansonsten die Wende bei der Landesregierung als Erfolg bewertete. **„Die Geschlossenheit der Mitglieder der GdP hat augenscheinlich Wirkung gezeigt. Dieses Ergebnis sind die Früchte unseres gemeinsamen Protestes“, so der GdP-Vize Manfred Börner. Dabei hob Börner die große Unterstützung der GdP-Senioren hervor, die an allen Protesten und Veranstaltungen teilgenommen hätten.**



Just einen Tag vor der Entscheidung der Landesregierung zur wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses hatten Carlos Sievers (DGB) und Manfred Börner vor dem Finanzausschuss Rede und Antwort gestanden. Dabei beschrieb der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende das Stimmungsbild in der Landespolizei. Fotos (2): Thomas Gründemann

wie die Tarifbeschäftigten – so wie von den Tarifpartnern vereinbart! Dies allerdings zeitlich versetzt 2013: 2,45% ab 1. Juli sowie 2014: 2,75% ab 1. Oktober. Darüber hinaus sind Einmalzahlungen für Beamtinnen und Beamte bis A 11 in Höhe von 360 Euro in 2013 und zum 1. Juni 2014 von 450 Euro vorgesehen. Ferner sind Einmalzahlungen für Beamtinnen und Beamte bis A 11 in Höhe von 360 Euro in 2013

Nachdem tags zuvor Manfred Börner für die GdP gemeinsam mit Carlos Sievers vor dem Finanzausschuss die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten eingefordert hatte, unterrichtete Dr. Ralf Stegner, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, den DGB-Vorsitzenden Uwe Polkaehn mit Vertretern der Einzelgewerkschaften, darunter auch Börner für die GdP, über die beabsichtigten Korrekturen an den Besoldungsplänen in Schleswig-Holstein.

Thomas Gründemann

fred Börner: „Durch die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf alle Beamtinnen und Beamte ist eine abermalige Spaltung der Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei abgewendet worden. Dies ist ein Erfolg des Langmutes der GdP, der sich im Tarifstreit mit der Landesregierung buchstäblich bezahlt gemacht hat“, zeigte sich der Stellvertretende Landesvorsitzende weitestgehend zufrieden.

Über Monate habe die GdP mit vielfältigen landesweiten und regionalen Protestaktionen den Druck auf die Regierung aus SPD, Grüne und SSW aufrechterhalten und so am Ende zum Einlenken gebracht, so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende.

und zum 1. Juni 2014 von 450 Euro vorgesehen.

Erreicht wurde auch, dass – anders als in allen anderen Bundesländern – die Zulagen für Vollzugsbeamte in Polizei und Justiz um rund 20 Euro erhöht werden. Dies sei angesichts der Konfliktlage ein achtbarer Erfolg, so Manfred Börner.

Die zeitliche Abkoppelung der prozentualen Erhöhungen sei indes bedauerlich. Besonders bitter sei dagegen, dass die Versorgungsempfänger bei den Einmalzahlungen für Beamtinnen und Beamte unberücksichtigt geblieben seien, sagte Börner. „Das ist ein Dambruch im Beamten- und Versorgungsrecht. In der Vergangenheit ist die Einbeziehung der Versorgungsempfänger auch bei den



Frank Poster zeigte sich verärgert, dass die Versorgungsempfänger bei den Einmalzahlungen unberücksichtigt bleiben sollen.



Wir gratulieren

zur Goldenen Hochzeit

Klaus Thünken und Ehefrau, RG Kiel-Plön; Erhard Stark und Ehefrau, RG Schleswig-Holstein Mitte

zur Vermählung

Lena Sommer, RG Kiel-Plön, und Ehemann Jörg Meixner, RG Schleswig-Holstein Mitte

In den Ruhestand traten

Dieter „Sammy“ Sambraus, RG Lübeck-Ostholstein

Berichtigung

In der letzten Ausgabe der DP hatten wir durch ein Versehen an dieser Stelle den Kollegen Peter Ziegler, RG Kiel-Plön, zum Eintritt in den Ruhestand

beglückwünscht. Der Kollege befindet sich jedoch noch weiterhin im Dienst. Wir bitten um Nachsicht!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der Ausgabe 8/2013: Donnerstag, 4. Juli 2013



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 91

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

4. TARIFKONFERENZ

Neuwahl der Vorsitzenden

Tarifabschluss gewürdigt

Kiel – Alle vier Jahre findet die Tarifkonferenz des Landesbezirks Schleswig-Holstein der GdP statt. Im April wurden in Kiel Weichen für die Zukunft gestellt: Bewertung des Tarifabschlusses, Neuwahlen der Sprecher, Verabschiedung von Klaus Boese, Rückblick auf Aktivitäten und Aktionen, Beschlüsse für die Zukunft.

Rund 30 Delegierte und Gäste setzten sich mit aktuellen Tarif-, Arbeits- und Sozialrechtsfragen auseinander. Die GdP-Bundesgeschäftsführerin Alberdina Körner referierte zum aktuellen Tarifgeschehen.

Neu zu Sprecherinnen der Tarifkommission wurden gewählt: Norina Gloy-Leinweber, Landespolizeiamt, Martina Vogt, Polizeidirektion Neumünster.

Sie vertreten Schleswig-Holstein künftig in der großen Tarifkommission auf Bundesebene.

Der langjährige Vorsitzende der Tarifkommission, Klaus Boese, wurde durch den Stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Kropius verabschiedet: „Deine kompetente und sachkundige Arbeit hat uns allen geholfen.“

Dabei stand vor allem die wöchentliche „Tarif-sprechstunde“ (dienstags, 14 bis 15 Uhr, Tel. 04 31-1 22 10 16) im Vordergrund.

Boese wird weiter als „Tarifbeauftragter“ des Landesbezirks tätig sein.

Im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzung stand die Bewertung des Tarifabschlusses 2013. „Unter diesen

Rahmenbedingungen einen solchen Abschluss hinzubekommen – alle Achtung!“, so ein Delegierter in der Versammlung. Kritisch wurde die Frage des Erholungsurlaubes diskutiert: „Warum habt ihr diese Regelung nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder durchgesetzt?“, war die Diskussion. „Weil die Arbeitgeber gerade das nicht wollen“, so die Antwort.

In dem anschließenden Vortrag der Bundesgeschäftsführerin Alberdina Körner, zuständig für Tarifpolitik beim GdP-Bundesvorstand, ging es um die zukünftige Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Tarifpolitik. „Tarifverträge fallen nicht vom Himmel, sondern müssen jedes Mal aufs Neue er-



Die neuen Sprecherinnen der Tarifkommission Norina Gloy-Leinweber (r.) und Martina Vogt.

Foto: Rehr

kämpft werden“, so Körner. Die Delegierten verabschiedeten einen Antrag, der Erschwerniszulagen – auch für Tarifpersonal – bei polizeilichen Einsätzen und Großlagen fordert.



MITGLIEDERINFORMATION

Albig: Strategische Lücke soll geschlossen werden

Ministerpräsident beantwortet GdP-Anfrage nach Personalbestand –
Oliver Malchow: Gibt keinen Spielraum für Personaleinsparungen bei der Polizei

Kiel – Die Ungewissheit in der Frage des Personalbestandes in der Landespolizei hat der verantwortliche Redakteur für das GdP-Landesjournal „Deutsche Polizei“, Thomas Gründemann, zum Anlass genommen, sich mit einer Anfrage an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten zu wenden. In seiner Anfrage an Albig verwies der Landesredakteur auf die in der Landespolizei seit Monaten herrschende große Verunsicherung und Unruhe im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Personalbestand.

„Nach Erkenntnissen des Landesjournals „Deutsche Polizei“ soll der gegenwärtige Personalbestand der Landespolizei um 300 Stellen reduziert werden“, schrieb Thomas Gründemann. Neue Nahrung hätten die GdP-Erkenntnisse durch eine Verlautbarung der CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Damerow erhalten, in der diese eine dementsprechende Personalreduzierung für die Polizei bestätigt. Der Aussage der Abgeordneten sei von Regierungsseite bislang nicht widersprochen worden. Gründemann weiter: „Die Ungewissheit bei den Kolleginnen und Kollegen kann lediglich mit einem klaren Bekenntnis des Ministerpräsidenten zum Personalbestand beendet werden. Deshalb bitte ich Sie um eine entsprechende Stellungnahme!“

Nachfolgend wird die Antwort aus der Staatskanzlei im Originalwortlaut zitiert:

„Wie alle Bundesländer und der Bund muss auch das Land Schleswig-Holstein seine Ausgabenentwicklung kontinuierlich so steuern, dass die verfassungsrechtliche Zielvorgabe, im Jahr 2020 einen Haushalt ohne neue Schulden zu machen, erreicht wird. Hinzu kommt, dass unser Land wegen der in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten hohen Verschuldung unter strenger Beobachtung des sog. Stabilitätsrats in Berlin steht. Schon die Vorgängerregierung ist deshalb die Verpflichtung eingegangen, bis zum Jahr 2020 10% der Planstellen (rd. 5300 Stellen) und damit einen Betrag von 215 Mio. € an Personalausgaben im Jahr einzusparen. An diese Verpflichtung hält sich auch meine Regierung.

Von den rund 43 000 Stellen allein in den nachgeordneten Bereichen (Schule,

Polizei, Steuer, Justiz) entfallen rund 8200 auf die Polizei. Davon sind gut 600 Nachwuchsstellen und gut 6500 Polizeivollzugsstellen.

Es besteht innerhalb der Landesregierung Einvernehmen, dass bei aller notwendigen Konsolidierung der Polizeivollzug seinen bedeutenden Stellenwert für die öffentliche Sicherheit im Lande behalten muss. Deshalb ist von Bedeutung, dass bei der rechnerisch erwarteten Stellenreduzierung bei der schleswig-holsteinischen Landespolizei in Höhe von 3,5% (ca. 280 Stellen), die tatsächlich vorhandene strategische Lücke im Polizeivollzug berücksichtigt wird. Sie soll in einer Größenordnung von bis zu 160 Stellen durch geeignete Maßnahmen in der Organisation der Aufgaben bis 2016 geschlossen werden. Staatskanzlei und Innenministerium werden bis zum Ende des Jahres gemeinsam ermitteln, in welcher Höhe diese strategische Lücke noch vorhanden ist.

Das Innenministerium ist darüber hinausgehend aufgefordert, seinen insgesamt notwendigen Konsolidierungsbeitrag unter Beachtung der Bedeutung der Vollzugsaufgaben der Polizei durch geeignete Maßnahmen bis 2020 zu erbringen. Bis 2016 ist deshalb gegenüber der heutigen Stellensituation mit keinen Veränderungen im Stellenbestand zu rech-

nen. In der weiteren Personalentwicklung wird unter den Voraussetzungen eines ausgeglichenen Haushaltes ab 2020 darüber hinaus ein besonderes Augenmerk darauf liegen, objektiv notwendige zusätzliche Aufgaben der Polizei auch stellenplanmäßig nachhaltig zu unterlegen.“

„Mit der Antwort erkennt der Ministerpräsident und damit die Landesregierung die strategische Lücke bei der Landespolizei an. Wir sind mal gespannt, was aus den laufenden Verhandlungen zur Personaleinsparung bei der Landespolizei herauskommt“, so der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow.

Rolle als Bürgerpolizei ist gefährdet

Dennoch machte Oliver Malchow auch aus seinen Bedenken keinen Hehl: „Die beabsichtigten Stelleneinsparungen werden dazu führen, dass wir absehbar unserer Rolle als Bürgerpolizei nicht mehr gerecht werden können“, so der GdP-Chef Oliver Malchow bei einer Podiumsdiskussion in Neumünster über die gesellschaftliche Rolle der Polizei in Schleswig-Holstein. Mit der Anerkennung der so genannten „strategischen Lücke“ habe die Landesregierung einge-

Fortsetzung auf Seite 6



Oliver Malchow (r.) zeigte bei einer Diskussionsveranstaltung die Folgen einer Personalreduzierung bei der Landespolizei auf. Weiter auf dem Foto: Gunhild Cordts, Leiterin der Grund- und Regionalschule Einfeld, GdP-Moderator Ulrich „Egon“ Bahr und Wolfgang Schneider, Bürgermeister von Preetz (v. l.).
Foto: Thomas Gründemann



EHRUNGEN

Treuesten der Treuen wurden geehrt

Kiel – Die Gewerkschaft der Polizei weiß, was sie an ihren Mitgliedern hat. Insofern hat die Mitgliederbetreuung bei der GdP einen bedeutenden Stellenwert. So zählen die Auszeichnungen der „Treuesten der Treuen“ bei Jahreshauptversammlungen der Regionalgruppen zu den Höhepunkten.

So war es auch bei den jüngsten Versammlungen der Regionalgruppen Lauenburg-Stormarn, Kiel-Plön und Schleswig-Holstein Mitte, bei denen durch die Vorsitzenden Ehrungen für 25-, 40- und sogar für 50- und 60-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft ausgesprochen wurden (siehe Fotos).

Text/Fotos: Thomas Gründemann



60 Jahre GdP-Mitgliedschaft: Heinz Burmeister (RG Lauenburg-Stormarn) wurde vom Vorsitzenden Manfred Börner geehrt.



Auf ein halbes Jahrhundert in der Gewerkschaft blickte Eckhard Reimers (RG Lauenburg-Stormarn) zurück.



Oliver Malchow zeichnete die langjährigen GdP-Mitglieder Jürgen Prey (50), Winfried Domann (55), Ewald Geertz (55) und Erhard Stark (50) von der RG Schleswig-Holstein Mitte aus (v. l.). Rechts Frank Poster und Torsten Jäger.



RG Lauenburg-Stormarn: Kurt Wollesen, Wolfgang Ahlisch und Peter Bonn erhielten von Manfred Börner und Eckard Werk Auszeichnungen für 40-jährige GdP-Treue.



Renate Wendt und Ilona Rughase aus der RG Lauenburg-Stormarn wurden für 25-jährige GdP-Zugehörigkeit geehrt.



RG Schleswig-Holstein Mitte: Der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow mit Karl-Heinz Rademski (25), Bernd Lück (25), Daniela Westphal (25), Torsten Jäger, Uwe Jansen (40), Frank Poster und Andreas Breitner (25)



RG Kiel-Plön: Uwe Müller (2. v. l.) und Volker Martens (2. v. r.) erhielten Urkunden und Präsente für 40-jährige Mitgliedschaft. Der Vorsitzende Karl-Hermann Bruhn (r.) und sein Vertreter Volker Kühn (l.) nahmen die Geehrten in die Mitte.



Unredliches Finanzministerium

Verabredung einseitig gebrochen

Ende Oktober 2012 hatte der Landesbezirk die GdP-Mitglieder per Flugblatt (Nr. 100) aufgerufen, gegenüber dem Finanzverwaltungsamt (FVA) Ansprüche auf die höchste Dienstaltersstufe – sofern noch nicht gezahlt – rückwirkend am dem Jahre 2009 geltend zu machen.

Zuvor wurde sowohl auf DGB-Ebene als auch auf Ebene des GdP-Landesbezirks über ein EuGH-Urteil und dessen



Jan-Ontjes Gülden-zoph begleitet die Klage des GdP-Landesbezirks. Gülden-zoph ist Rechtsanwalt in Hamburg. Zuvor war er bei der dortigen GdP als Geschäftsführer beschäftigt. Seine berufliche Laufbahn hatte der 39-Jährige bei der Hamburger Kriminalpolizei im gehobenen Dienst begonnen. Neben seinem Dienst legte er das zweite juristische Staatsexamen ab. Er war auch bei der Hamburger Rechtsanwaltskammer tätig.

Rückwirkung auf die Beamtinnen und Beamten diskutiert. Auch andere GdP-Landesbezirke haben dazu aufgerufen.

Am 6. Dezember 2012 wurde dazu eine Informationsveranstaltung der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein mit Rechtsanwalt Jan Gülden-zoph durchgeführt. Rechtsanwalt Gülden-zoph hat bei dieser Veranstaltung noch einmal den rechtlichen Aufbau der Forderung und die in den 16 Bundesländern sich entwickelnde Rechtsprechung dargestellt.

Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt (1 L 9/12) (vorgehend VG Halle 5 A 349/09) – grob gesagt – im Sinne der Antragsteller entschieden. Das Verwaltungsgericht Berlin hat den Anspruch der Kläger erkannt, zur näheren Ausgestaltung einen Vorlagenbeschluss beim EuGH vorgenommen. Auch bei anderen Dienstherren verfestigt sich der Eindruck, dass die bisherige Praxis der Dienstalters-/Erfahrungsstufen aus rechtlichen Gründen nicht mehr haltbar sein wird. Hintergrund ist die besagte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, die – ebenfalls grob gesagt – darauf abzielt, dass Bezahlung nach Tätigkeit und nicht nach Lebensalter zu erfolgen hat.

Der Geschäftsführende Landesvorstand beschloss daraufhin ein Musterverfahren. Dafür hat sich der Kollege Jörn Löwenstrom zur Verfügung gestellt. Es wurde dazu Rechtsanwalt Jan Gülden-zoph aus Hamburg beauftragt. Er führt ebenso andere Verfahren aus weiteren Bundesländern. Rechtsanwalt Gülden-zoph hatte Kontakt zum Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein aufgenommen und dort mit dem Justizariat vereinbart, dass weitere Anträge zur altersdiskriminierenden Bezahlung abschlägig beschieden und Widersprüche ruhend gestellt werden.

Unsere Schwestergewerkschaft GEW ist ähnlich verfahren. Hier hat die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende das Gespräch mit dem Finanzministerium geführt. Auch hier hat sie die Zusage auf Musterverfahren und Ruhendstellung bekommen.

Hintergrund dieser Vorrede ist folgender Sachverhalt: Entgegen der (mündlichen) Absprachen ist das Finanzverwaltungsamt seit Ende April dazu übergegangen, alle Anträge und Widersprüche zu bescheiden und rechtskräftig zu stellen. Nach Recherchen der GdP geschah dies auf Weisung der Hausspitze aus dem Finanzministerium.

Auf Antrag der FDP-Landtagsfraktion wurde dieses Thema Tagesordnungspunkt der Mai-Sitzung des Finanzausschusses. Dort ließ Finanzstaatssekretär Losse-Müller die Katze aus dem Sack: Würden alle Beamte Anträge stellen, so wären 26 000 Nachzahlungen fällig. Nun müsse man nur an die (erfolgreichen) Kläger zahlen. Davon lägen bisher 1550

Anträge vor. Der Staatssekretär räumte kleinlaut Fehler in der „unterirdischen Kommunikation“ (Aussage Garg) mit den gewerkschaftlichen Vertragspartnern ein. An der Entscheidung des Finanzministeriums werde dies indes nichts ändern. Über die Haltung des Staatssekretärs zeigten sich Andreas Kropius und Torsten Jäger, die für die Landes-GdP den Verlauf der Ausschusssitzung beobachtet hatten, verärgert. Wie die GdP und damit die betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus der Landespolizei als verletzte Vertragspartner mit diesem Vertrauensbruch und den daraus resultierenden Folgen umgehen sollen, darüber sei vom Staatssekretär kein Wort gefallen, zürnten beide. „Wenn man Menschen trauen kann, erübrigt sich ein Vertrag. Wenn man ihnen nicht trauen kann, ist ein Vertrag nutzlos“, zitierte Andreas Kropius den US-Unternehmer Jean Paul Getty.

Was ist nun zu tun?

Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt ihre Mitglieder durch Rechtsschutz. Der Rechtsschutz umfasst anwaltliche Begleitung im erstinstanzlichen Verwaltungsrechtsstreit. Nicht eingeschlossen sind die Gerichtsgebühren. Die Gewerkschaft der Polizei gibt bei Vorlage der Gerichtskostenrechnung einen Zuschuss in Höhe von 50 €. Dieser ist jedoch im Falle des Obsiegens zurückzahlbar.

Das Rechtsanwaltsbüro Arp, Gülden-zoph, Meeder führt alle Klagen der GdP-Mitglieder vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig. Die Abwicklung erfolgt über die GdP-Geschäftsstelle.

Weil dabei mehrere Hundert Klagen im Raume stehen, bittet der Landesvorstand um Mitarbeit der Klägerinnen und Kläger. Dazu ist die Abgabe eines Fragebogens notwendig. Er dient der Prozessvorbereitung und ist deshalb, ebenso wie die Rückgabe der original unterschriebenen Vollmacht, unerlässlich.

Zusammenfassung

Bitte an die GdP-Geschäftsstelle zurücksenden:

– klagefähigen Widerspruchsbescheid des Finanzverwaltungsamtes,

Fortsetzung auf Seite 6



BESOLDUNG

Fortsetzung von Seite 5

- original unterschriebene Vollmacht für die anwaltliche Vertretung,
- ausgefüllten und original unterschriebenen Fragebogen.

Zur Verdeutlichung: Bei einem Streitwert von 5000 € werden 363 € Gerichtskosten fällig. Bei Rücknahme der Klage

werden davon zwei Drittel erstattet, bleiben also 121 €. Diese bezuschusst der Landesbezirk mit 50 €. Das finanzielle Risiko beträgt also 71€.

Zwischenzeitlich ist bekannt geworden, dass das Verwaltungsgericht Schleswig die Klagen nicht entscheiden will, solange der Vorlagenbeschluss des Europäischen Gerichtshofes nicht getroffen

wird. Jetzt werden die Klagen nun gerichtlicherseits ruhend gestellt. Allerdings muss das Finanzverwaltungsamt noch sein Votum dazu abgeben.

Letzter Satz: Wer noch keinen Antrag gestellt hat, kann es jetzt noch tun. Allerdings nur noch rückwirkend ab dem Jahre 2010 und nur bis zum 29. Februar 2012. Formulare sind unter www.gdp-sh.de abrufbar. **rr**

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Kiel-Plön – Ab und zu mal treffen – wer macht mit? Der Seniorenvorsitzende der RG Kiel, Harald Haase, beabsichtigt, ein quartalsmäßiges Treffen unter dem Motto „Klönchnack“ bei Kaffee und Kuchen, alternativ einen Jungseniorenstammtisch in Kiel einzurichten. Des Weiteren ist, in Absprache mit dem Plöner Seniorenvorsitzenden Manfred Helm, angedacht, verschiedene Aktivitäten für die Kolleginnen und Kollegen der Regionalgruppe Kiel-Plön anzubieten. Vorstellbar wäre z. B. zu gegebener Zeit ein gemütliches Zusammensein bei einem gemeinsamen Grillabend. Auch Info-Veranstaltungen zu Themen wie Beihilfe, Vorsorge, Pflegeversicherung, Sicherheits-Aspekte usw. sind denkbar.

Vorschläge und Anregungen aus den Reihen der Senioren/-innen sind gerne erwünscht.

Für weitere Planungen ist es erforderlich, dass sich interessierte Kolleginnen und Kollegen bei ihren Seniorenvorsitzenden telefonisch und/oder per E-Mail melden.

Auch nimmt die Geschäftsstelle der GdP unter Telefon 04 31/1 22 10 16 Interessensbekundungen bei unserem Geschäftsführer Robert Ende entgegen.

Also, am besten gleich anmelden!

Schleswig-Holstein Mitte

Jungsenioren-Stammtisch am Donnerstag, 1. August 2013, 17.00 Uhr, Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg.

Thema: Grillen. Um entsprechend einkaufen zu können, wird um Anmeldung bei Bernhard Bock (Tel. 0 43 21/7 47 52) oder Falk Dennhardt (Tel. 0 43 92-15 68) bis zum 28. Juli 2013 gebeten.

IPA/GdP-Tennisturnier

Am **Montag, 5. August 2013, 8.30 Uhr**, (pünktliches Erscheinen wird vorausgesetzt), in **Westerrönfeld, Tennisanlage, Am Busbahnhof (Außenanlage oder Halle).**

Organisation: Hauke Lütje und Frank Poster.

Anmeldungen ab sofort bei Hauke Lütje, E-Mail: Hauke.Luetje@polizei.landsh.de, Tel. 0 48 71/12 82, oder Frank

Poster, E-Mail: frank.poster@t-online.de, Tel. 0 43 31/8 98 00. Anmeldeschluss: 29. Juli 2013. Das Tennisturnier wird nur stattfinden, wenn sich eine Mindestteilnehmerzahl von zwölf Personen bis zum 31. Juli 2013 angemeldet hat.

Das Tennisturnier findet erstmalig in Kooperation mit der GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte statt!

Es wird wie üblich vor Ort ein Frühstück gegen eine Umlage geben. Falls es gewünscht wird, können wir im Anschluss an das Tennisturnier noch Grillen!

Bei schlechtem Wetter haben wir die Möglichkeit, in die Tennishalle des WSV zu gehen. (Danke an Frank Poster)

Nehmt also zusätzlich Tennishallenschuhe mit.

Umlage für das Tennisturnier (ohne Frühstück und Grillen!)

Mitglieder:	8 Euro
Nichtmitglieder:	13 Euro

MITGLIEDERINFORMATION

Fortsetzung von Seite 3

räumt, dass es in der Landespolizei 160 Vollzugsbeamte zu wenig gebe. Von daher sei es paradox und unerklärlich, dass von dieser Landesregierung dennoch weitere Personaleinsparungen bei der Polizei bis zu 120 Stellen beabsichtigt seien. „Die Situation ist jetzt schon dramatisch. Es gibt keinen Spielraum für Einsparpotenziale. Ansonsten würden es die Bürgerinnen und Bürger, mit denen wir Polizisten uns verbunden fühlen, hautnah zu spüren bekommen“, so Oliver Malchow weiter. Dann würde die Prävention in den Kindergärten und Schulen sowie jegliche For-

men der Verkehrsüberwachung absehbar schon bald ganz der Vergangenheit angehören. „Dies kann doch ernsthaft von der Landesregierung nicht gewollt sein“, konstatiert Malchow. „Bei diesem Gedanken wird mir ganz schwummerig. Ich möchte die Zusammenarbeit mit den Präventionsbeamten nicht missen“, reagierte Gunhild Cordts, die Leiterin der Grund- und Regionalschule Einfeld, erschrocken. Die Bürger erwarteten, dass die Polizei präsent sei, es gebe eine hohe Erwartungshaltung an die Polizei, unterstrich Wolfgang Schneider, Bürgermeister von Preetz. „Die hohe Erwartungshaltung und Geld sparen durch Personalabbau bei

der Polizei, das passt nicht“, sagte Schneider bei derselben Veranstaltung. Schützend stellt sich die Gewerkschaft der Polizei aber auch vor die Polizeibeamtinnen und -beamten, die letztlich neben dem Bürger die Leidtragenden eines weiteren Personalabbaus seien. „Die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen bleibt auf der Strecke, denn schon heute ist die Belastung für sie riesig. Dies drückt sich zunehmend in Belastungsstörungen aus und führt inzwischen zu einem erhöhten Krankenstand. Hier ist eine Grenze schon längst überschritten“, so der GdP-Landesvorsitzende abschließend.

Thomas Gründemann



Erlebnisreise mit vielen Höhepunkten PSW auf See • Einmal quer über den Atlantik Buenos Aires – Kiel

Datum	Reiseverlauf	Ankunft	Abfahrt
18. April 2014	Flug mit der TAM von Frankfurt nach Buenos Aires über Sao Paulo		
19. April 2014	Ankunft und Fahrt zum Hotel, Stadtbesichtigung Buenos Aires, Rest des Tages steht zur freien Verfügung		
20. April 2014	Ganztägiger Ausflug in die Welt der Gauchos auf eine typische Estancia der argentinischen Pampa		
21. April 2014	Vormittag zur freien Verfügung. Am Nachmittag erfolgt der Transfer zum Kreuzfahrterminal		19:00 Uhr
22. April 2014 bis 23. April 2014	Erholung auf See		
24. April 2014	Ankunft in Rio de Janeiro, Brasilien	09:00 Uhr	18:00 Uhr
25. April 2014	Erholung auf See		
26. April 2014	Ankunft Salvador, Brasilien	10:00 Uhr	23:00 Uhr
27. April 2014 bis 02. Mai 2014	Erholung auf See		
03. Mai 2014	Ankunft Arrecife de Lanzarote, Canarische Inseln, Spanien	08:00 Uhr	16:00 Uhr
04. Mai 2014	Ankunft Funchal, Madeira, Portugal	09:00 Uhr	17:00 Uhr
05. Mai 2014	Erholung auf See		
06. Mai 2014	Ankunft Vigo/ Santiago de Compostela, Spanien	08:00 Uhr	15:00 Uhr
07. Mai 2014	Erholung auf See		
08. Mai 2014	Ankunft Zeebrugge/Brüges, Belgien	12:00 Uhr	19:00 Uhr
09. Mai 2014	Erholung auf See		
10. Mai 2014	Ankunft Kopenhagen, Dänemark	09:00 Uhr	18:00 Uhr
11. Mai 2014	Ankunft Kiel/Lübeck, Ausschiffen ab ca. 8:00 Uhr		

Leistungen, die überzeugen (Erlebnisteil):

- Zug zum Flug
- One-Way-Flug mit TAM von Frankfurt über Sao Paulo nach Buenos Aires in der Economy Class
- Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie Kerosinzuschlag
- Transfer/Ausflüge im komfortablen, landestypischen Reisebus
- 2 Hotelübernachtungen in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 2 x Frühstück und 1 x Mittagessen
- Deutsch sprechende Reiseleitung
- Reiseliteratur

Leistungen, die überzeugen (Kreuzfahrtteil):

Kabine

Genießen Sie an Bord den Komfort Ihrer Kabine: Klimaanlage, interaktives Fernsehen und Frühstück im Bett – all diese Serviceleistungen sind im Preis inbegriffen! Sämtliche Kabinen sind mit eigenem Badezimmer, Haartrockner und Safe ausgestattet. Dazu erhalten Sie in fast allen Zielgebieten täglich Ihr Tagesprogramm in deutscher Sprache.



Unterhaltung

Opulente Broadway-Shows, Nervenkitzel im Casino oder durchtanzte Nächte auf dem Dancefloor – das umfangreiche Unterhaltungsangebot an Bord lässt keine Langeweile aufkommen. Auch tagsüber erwartet Sie ein buntes Programm – von Brettspielen über Sportturnieren und Tanzwettbewerben bis hin zu Themenabenden.

Essen & Trinken

Gourmetküche spielt bei einer MSC-Kreuzfahrt eine tragende Rolle. Verwöhnen Sie sich – beim Frühstück, zu Mittag und zum Abendessen. Genießen Sie den erstklassigen Service in unserem Hauptrestaurant, die Exklusivität der verschiedenen Angebote oder die ungezwungene Atmosphäre am Buffet oder in der Pizzeria. Zwischen durch locken Nachmittagskaffee, Snacks und verführerische Mitternachtsbuffets – alles im Preis inbegriffen und mit Menükarten in deutscher Sprache. Weitere Highlights sind das Begrüßungsbuffet, der Kapitänsempfang und die Galaveranstaltungen. Auch bei speziellen Diäten bieten wir etwas für jeden Geschmack. An den Getränkeautomaten am Hauptbuffet erhalten Sie heißes oder kaltes Wasser, Kaffee, entkoffinierten Kaffee sowie eine Auswahl verschiedener Teesorten.

Fitness & Entspannung

Erleben Sie das perfekte Workout in unserem Fitness-Center mit herrlichem Meerblick. Unterstützt von Fitnessprofs trainieren Sie an hochmodernen Geräten. Nutzen Sie auch die zahlreichen weiteren Angebote wie Minigolf, Volleyball oder die Joggingstrecke an Deck. Außerdem haben Sie die Wahl zwischen Familienpools oder Pools nur für Erwachsene. Die Whirlpools laden zum Entspannen ein und auf dem Sonnendeck können Sie Ihre Sonnenbräune vertiefen.

4 Tage Buenos Aires und anschließend 20-tägige Kreuzfahrt mit der MSC POESIA vom 18. April bis 11. Mai 2014
Unterbringung im Doppelzimmer / Innenkabine ab € 2.324* p.P.
*zzgl. Service-Entgelt

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de



PSW-Reisen
Schleswig-Holstein GmbH



Und was sonst noch so war ...

9. Mai

Welche Auswirkungen hat die Neuregelung auf Beschäftigungsverhältnisse, die bereits vor dem 1. Januar 2013 mit einem Arbeitsentgelt bis 400 € geringfügig entlohnt waren? Diese Beschäftigungen bleiben versicherungsfrei in den Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherungen. Der Arbeitgeber hat weiterhin Pauschalbeträge zur Kranken- und Rentenversicherung zu entrichten. Wie bisher auch schon, können diese Beschäftigungen auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung verzichten und die Versicherungspflicht wählen. In diesem Fall hat der Arbeitgeber aufgrund des gezahlten Arbeitsentgelts 15 Prozent und der Beschäftigte 3,9 Prozent an Beitrag aufzubringen. Wer am 31. Dezember 2012 allerdings wegen seines Verzichts auf die Rentenversicherungsfreiheit pflichtig war, bleibt dies auch ab 1. Januar 2013.

13. Mai

In Berlin tagt heute der GdP-Beirat. Schwerpunkt der Sitzung ist die Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden. Einer der beiden Kandidaten ist Oliver Malchow. Mit Andreas Kropius und Torsten Jäger halte ich Kontakt bis in die Sitzung nach Berlin hinein. Selbst in Kiel ist die Spannung greifbar. Dann ist die Entscheidung gefallen. Und fast parallel rufen nun Pressereferenten, Journalisten, aber auch Politiker an, wollen Einzelheiten wissen und vor allem Oliver gratulieren. Übrigens: Es ist das erste Mal, dass ein Schleswig-Holsteiner GdP-Vorsitzender wurde.

22. Mai

Im Posteingang heute ein Schreiben von Peter Sch. Er hatte Rechtsschutz in einem Berufsunfähigkeitsverfahren erhalten. „Ich möchte mich nochmals für die Unterstützung in meinem Fall bedanken und kann die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Angelegenheit nun mit einem Erfolg für mich abgeschlossen werden konnte“, so der Kollege in einem Dankschreiben an uns.

23. Mai

Im Bremen versammeln sich die norddeutschen Landesbezirke der GdP. Nach der Föderalisierung des Dienstrechtes ist der Abstimmungsbedarf höher geworden. In der heutigen Sitzung geht es ne-

ben der Altersdiskriminierung in der Beamtenbesoldung auch um die Besoldungsentwicklung. Der GdP-Landesbezirk Bremen feiert am nächsten Tag sein 50-jähriges Bestehen. Dazu hatte der Senat zu einem Empfang ins Bremer Rathaus eingeladen. Die GdP Bremen sagte die Einladung jedoch kurzerhand ab. Hintergrund war die Absicht der Bremer Landesregierung, die Übertragung des Tarifergebnisses bei A 10 zu kappen. Für alle anderen soll es eine Nullrunde geben.

27. Mai

Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Schwerpunktmäßig geht es in dieser Sitzung um die Anhörung zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung vor dem Finanzausschuss am Ende der Woche. Manfred Börner, stellvertretender Landesvorsitzender, wird die GdP auf Vorschlag der Fraktion „Die Piraten“ vertreten. Die großen Linien haben wir mit DGB und GEW abgestimmt. Es bleibt aber noch ein Polizeispezifikum: Im Gesetzentwurf ist für die Beihilfeberechtigten ein 40 € teurer Ausgleich für den Entfall der „Praxisgebühr“ vorgesehen. Für die Heilfürsorgeberechtigten gibt es keine Regelung. Manfred Börner wird dieses Thema vor den Parlamentariern aufgreifen.

29. Mai

Im Kieler Hotel Reimers treffen um 9.00 Uhr die Kassierer der Regionalgruppen des GdP-Landesbezirks zusammen. Michael Koettlitz, Kassierer des Landesbezirks, eröffnet die Tagung mit dem Hinweis, dass es notwendigen Abstimmungsbedarf unter den Finanzverantwortlichen gebe. So geht es um die Verteilung der Beiträge vom Landesbezirk in die Regionalgruppen, aber auch um Mitgliederverwaltung und -pflege, um Verfahrensfragen bei persönlichen Änderungen wie Adresse, Heirat, Teilzeit, Ruhestand, Beförderung und Weiteres mehr. Aber auch das Thema „Aufbewahrungsfristen“ für Kassenunterlagen der Regionalgruppen wird angesprochen. Es bestand Einigkeit, dass solche Treffen regelmäßig durchgeführt werden sollten.

30. Mai

Am Nachmittag habe ich zwei Besucher in meinem Büro. Sie stehen im Be-

werbungsverfahren für die Ausbildung zum Polizeidienst. Um sich für die mündliche Prüfung vorzubereiten, diskutieren sie mit mir über aktuelle polizeiliche Themen. So sprechen wir über die Finanzierung der Polizei, aber gleichfalls auch über die politische Diskussion um die Kennzeichnung der Polizeibeamten. Interessant ist für mich, wie „Außenstehende“ diese Diskussion wahrnehmen und mit eigenen Überlegungen ergänzen.

31. Mai

8.30 Uhr – GdP-Rechtsschutzkommission. Dabei heute auch die GdP-Vertragsanwältin Uta Scheel. Mit ihr sprechen wir sehr ausführlich über ein kompliziertes Strafverfahren, das sich gegen zwei Polizeibeamte richtet. Immer wieder kommt es vor, dass Polizeibeamte bei der Dienstausbübung mit Strafvorfällen konfrontiert werden. Das ist wohl in keinem anderen Verwaltungsbereich so. Die anschließende juristische Auseinandersetzung endete mit einem Freispruch. Doch die Staatsanwaltschaft strengte ein Berufungsverfahren an, und dann wurde es kompliziert. In der Rechtsschutzkommission sprechen wir über die Glaubwürdigkeit von Zeugen, über Sachverständige und Verfahrensstrategien.

1. Juni

Ein Thema beschäftigt heute die Landesmedien: Einsatzfahrzeuge der Polizei sollen neue akustische Warnsignale bekommen. Hintergrund war ein Tagesordnungspunkt am Rande der Innenministerkonferenz in der Vorwoche in Hannover. Statt des bisherigen „Tatütata“ soll künftig ein langgezogenes „yeeep“ ertönen. „Ich kann mich nicht erinnern, in der Vergangenheit Kritik von Polizisten an Farbgebung und Signaltönen gehört zu haben.“ Anstatt über Heultöne solle besser über die Motorisierung von Einsatzfahrzeugen und die personelle Ausstattung der Polizei diskutiert werden, sage ich den Kieler Nachrichten.

